

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/105: 07.04.1993 – 03.01.1994

07.04.1993

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>>**Bonn fördert deutsche Landkreise in Rußland**

Bei der Förderung der Rußlanddeutschen in den Staaten der früheren Sowjetunion setzt die Bundesregierung jetzt auf die Unterstützung der deutschen Landkreise in Sibirien. Die Wiederherstellung einer autonomen deutschen Wolga-Republik bleibe zwar weiterhin als Fernziel auf der Tagesordnung, sagte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung ...

Die Bundesregierung wird in diesem Jahr allein für die Deutschstämmigen in Rußland 73 Millionen Mark direkt und weitere 48,3 Millionen über Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung stellen. ...<<

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>... Japan plant eine Neuausrichtung seiner Rußlandpolitik, die die fernöstliche Wirtschaftsmacht binnen kurzer Frist zu einem Hauptträger westlicher Wirtschaftshilfe für Moskau machen würde.

Das plötzliche Einlenken der Tokioter Regierung stellt die erste deutliche Korrektur in der japanischen Rußlandpolitik seit Ende des Kalten Krieges dar. Demnach stellt Tokio der russischen Regierung 10 Milliarden Dollar, bisher nicht veranschlagter Hilfsgelder aus dem G-7-Kreis in Aussicht. Davon könnte Japan den Löwenanteil übernehmen.

Das neue Geld soll vor allem russischen Kleinunternehmen und der Privatisierung von Staatsbetrieben dienen. Besondere Maßnahmen sind außerdem zum Wiederaufbau der russischen Energiewirtschaft vorgesehen. ... Beamten des Tokioter Außenministeriums sagten voraus, daß Japan mehrere Milliarden Dollar Hilfe leisten werde und damit neben Deutschland zum führenden Geberland von Rußlandhilfe avanciere.

Unmittelbarer Auslöser für den japanischen Regierungsentscheid war der Gipfel in Vancouver. US-Präsident Bill Clinton stellte sich dort erstmals hinter die japanischen Territorialforderungen an Rußland und erfüllte damit die zentrale Bedingung für die Tokioter Kooperationsbereitschaft.

Bisher waren alle Annäherungen zwischen Moskau und Tokio am Streit um 4 kleine Fischerinseln der Kurilengruppe nördlich von Hokkaido gescheitert. Stalin hatte die Inseln 1945 nach Ende des Krieges annektiert. Seitdem besteht Japan auf der Rückgabe der Kurilen und weigert sich deshalb, einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen.

Sowohl in Tokio wie in Moskau wird der Kurilenkonflikt inzwischen als kurzfristig nicht lösbar betrachtet. Derweil war Japan unter immer stärkeren Druck des Westens geraten, an der Kurilenfrage die Beziehungen zu Rußland nicht scheitern zu lassen. ...<<

17.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. April 1993 über Entschädigungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter aus Rußland, Weißrußland und der Ukraine:

>>>**Bonn zahlt sowjetischen NS-Opfern eine Milliarde**

Die Bundesregierung will den NS-Opfern in der früheren Sowjetunion eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen. ... Das Geld, das vor allem für ehemalige Zwangsarbeiter bestimmt ist, soll in noch zu gründende Stiftungen in den drei Ländern eingebracht werden.

Die drei Regierungen akzeptierten ihrerseits in der Vereinbarung, daß sie über diesen einmaligen deutschen Betrag hinaus keine weiteren finanziellen Ansprüche stellen. Die Gründung der Stiftungen geht auf eine Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber Präsident Boris Jelzin vom Dezember zurück.<<

27.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1993: >>Havel fordert "symbolische Entschädigung" für Nazi-Opfer

Zum Abschluß seines dreitägigen Deutschlandbesuchs ist der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel am Montag in Bonn mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. ...

Havel hatte sich am Morgen vor Journalisten dafür eingesetzt, daß tschechische Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Deutschland "symbolisch" entschädigt werden. Eine solche "Geste der Versöhnung" sei nützlich und wünschenswert. Er würde die Form einer Stiftung zur Entschädigung der NS-Opfer bevorzugen, sagte Havel, doch könne man auch über andere Modelle nachdenken.

Entschädigungen über eigens dafür gegründete Stiftungen leistet Deutschland bereits an NS-Opfer in Polen sowie in Rußland, Weißrußland und der Ukraine. Die polnische Stiftung ist mit einem Kapital von einer Milliarde Mark ausgestattet worden; bei den anderen soll ebenso verfahren werden.

In diesem Zusammenhang schloß Havel tschechische Entschädigungsleistungen an vertriebene Sudetendeutsche aus.

Die demokratische Regierung der ehemaligen Tschechoslowakei habe den wagemutigen Schritt unternommen, Unrecht, das der Kommunismus zwischen 1948 und 1989 begangen habe, zu korrigieren. Die Korrektur von Unrecht aus der Zeit davor sei "weder möglich noch realistisch".

Havel war zuvor in Stuttgart für sein Engagement für Menschen- und Bürgerrechte als erster Ausländer mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden.<<

15.05.1993

Polen: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek veröffentlicht am 15. Mai 1993 im polnischen Nachrichtenmagazin "Polityka" folgenden Artikel über die Vertreibung der Deutschen (x152/5-20): >>... Hitler, der den Deutschen "neuen Lebensraum" versprochen hatte, entfesselte einen völkermordenden Krieg, in dessen Ergebnis Deutschland ein Fünftel seines Territoriums verlor und 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in der sie seit Generationen wohnten - aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Tschechien, den baltischen Ländern, Siebenbürgen usw.

In Polen ist eine Ära der Entdeckung der "weißen Flecken" angebrochen, und die Frage der Vertreibung der Deutschen gehört zweifellos zu ihnen. Für gewöhnlich stellte man sie fragmentarisch dar, wobei man zugab, daß in der Tat so etwas stattgefunden habe, doch die Einzelheiten übergang man mit Schweigen.

Als man in den Jahren 1953 bis 1962 in Deutschland eine umfassende "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa" vorbereitete und sich dabei auf Tausende Berichte von Augenzeugen stützte, da wurde sie in Polen als Dokument des westdeutschen Revisionismus und als Teil einer Kampagne des westdeutschen Revisionismus angesehen.

Die Folge ist, daß die junge Generation der Polen - einschließlich derer, die in den Westgebieten ("Wiedergewonnenen Gebieten") heranwachsen - kaum etwas über diese Tragödie weiß, die sich dort abgespielt hat. Im Laufe von einem knappen halben Jahrhundert vermochte man

die Spuren zu verwischen, es verschwanden die deutschen Aufschriften, und dort wo das Lager Lamsdorf (Lambinowice) war, wächst ein Wald.

Die polnische Sicht jener Ereignisse unterscheidet sich grundsätzlich von der deutschen Warte. Nicht nur die Vorfälle selbst werden anders benannt. Polen, die 1945 hierher kamen, um sich in den ehemaligen deutschen Gebieten anzusiedeln, haben kein Gefühl, etwas Böses getan zu haben.

Die Übernahme dieser Gebiete betrachtete man als Ausgleich für den verlorenen (polnischen) Osten, und die Aussiedlung der Deutschen sah man einerseits als natürliche Strafe für Hitlers Völkermord, für die Jahre des Terrors, der Erniedrigung und des Unrechts an, welche das polnische Volk erleiden mußte, sowie als unvermeidliches "Platzmachen" für die (polnischen) Vertriebenen von jenseits des Bug. In ihrem Bewußtsein funktionierte ein Mechanismus der allgemeinen Schuld und kollektiven Verantwortung der Deutschen für den entfesselten Krieg; schuld war jeder, der die Sprache des verhaßten Feindes sprach.

"Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" ...

Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage, ob es im polnischen Bewußtsein – auch der Nachkriegsgeneration, die sich ja so mit der Geschichte ihres Landes identifiziert – überhaupt ein Gefühl der Verantwortung für die Mißbräuche gibt, die mit der Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen zusammenhängen. Hat man sich die Botschaft der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1965 mit dem bezeichnenden Signal "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" zu eigen gemacht?

Bei der Lektüre der Zeitzeugenberichte von deutscher Seite – also in diesem Falle von Opfern – erhebt sich im übrigen der gleiche Zweifel. Die Deutschen im Osten, die das Ende des Krieges zu Hause erreichte, konnten für gewöhnlich nicht verstehen, wofür sie soviel Unglück traf. In ihren Berichten taucht äußerst selten eine Reflektion über die Hitlerische Todesmaschinerie gegenüber den unterworfenen Völkern auf. ...

Es ist Zeit, daß wir Berichte der anderen Seite kennenlernen – derer, die die von uns im Jahre 1945 eingenommenen Gebiete verlassen haben, denn ihr Schicksal ist auch ein Teil unserer Geschichte, so wie das Schicksal der Polen, Russen oder Tschechen ein Teil der deutschen Geschichte ist. Natürlich muß man bei der Lektüre ausgewählter Ausschnitte aus deutschen Berichten daran denken, daß sie Anfang der fünfziger Jahre geschrieben wurden, daß man in ihnen eine gewaltige emotionale Erregung und – manchmal – eine ausdrückliche Feindseligkeit gegenüber der anderen Seite spürt. Es gibt jedoch keinen Grund, die Glaubwürdigkeit dieser Berichte in Frage zu stellen.

Bis zum Sommer 1944 waren die östlich von Oder und Neiße gelegenen deutschen Provinzen eine Oase der äußeren Ruhe. Die Einwohner Ostpreußens, Pommerns und Niederschlesiens – dieser Kornspeicher Deutschlands – sowie Oberschlesiens – dieser deutschen Waffenschmiede – kannten den Krieg "aus zweiter Hand".

Zwar fielen die Männer an den Fronten, und zur Produktion zog man immer mehr Zwangsarbeiter aus den unterworfenen Gebieten heran, aber die Bombenteppiche erreichten die ostdeutsche Städte nicht, und die offiziellen Meldungen ließen die Menschen noch immer an den Endsieg glauben. Unruhe erweckten die immer zahlreicheren Todesanzeigen und die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus den bombardierten Städten West- und Mitteldeutschlands.

Doch am 22. Juni 1944 begann die Offensive, und binnen einiger Wochen drang die Sowjetarmee, nachdem sie 30 deutsche Divisionen zerschlagen hatte, in die Nähe Ostpreußens und Oberschlesiens vor. Vom Oktober an kam die Front zum Stehen, und die Russen begannen, sich auf die entscheidende Winteroffensive vorzubereiten.

Der Schrecken von Nemmersdorf

Diese Offensive begann am 12. Januar 1945, und im Laufe von zweieinhalb Monaten besetzten die Russen fast das ganze Gebiet östlich von Oder und Lausitzer Neiße. In dieser Zeit

spielte sich die größte Tragödie der deutschen Zivilbevölkerung ab, die in Panik vor dem heranziehenden Feind floh.

Das Hauptmotiv, weshalb Frauen mit Säuglingen, alte Menschen und Kranken und Invaliden sich entschlossen hatten, Heim und Herd zu verlassen und sich bei 28 und 30 Grad Frost auf das Wagnis der Flucht einzulassen, war der Schrecken von Nemmersdorf, eines grenznahen Dorfes in Ostpreußen, das zuerst (am 20. Oktober 1944) in die Hände der Russen gefallen und danach von den Deutschen wiedererobert worden war. Die Meldungen darüber, was in Nemmersdorf geschehen war, ließ Goebbels über das ganze Land verbreiten, um in den Deutschen einen verzweiferten Willen zu verbissenem Widerstand aufrecht zu erhalten. ...

Nach Durchführung einer Obduktion stellte sich heraus, daß alle Frauen vor dem Tod vergewaltigt worden waren. In dem Pogrom sind ca. 60 bis 70 Menschen umgekommen.

Das, was sich in Nemmersdorf ereignete, war kein Einzelfall, es wiederholte sich später in verschiedenen Varianten in anderen Ortschaften Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens. Die Rache der Russen traf jene, die sie auf dem besetzten Gebiet erreichen konnte – Frauen, Alte und Kinder.

Die Stoßkraft der russischen Armee, die schnelle Offensive, machte eine organisierte Evakuierung der Bevölkerung aus den Gebieten nahe der Front unmöglich. Zudem hat die NSDAP bis zum letzten Moment die Evakuierung verzögert, und diejenigen, die flüchteten, wurden wegen "Defätismus" bestraft. Wenn sie (die Evakuierung) begann, war es zu spät (zur Flucht). Die Wagen der Flüchtenden gerieten zwischen die kämpfenden Einheiten, wurden durch Panzer von der Straße abgedrängt und von Flugzeugen beschossen. ...

Makabre Szenen

... Der russische Ring wurde immer enger, auch um Danzig. Anfang März begann die russische Armee die große Offensive gegen die Weichselmündung und Ostpommern und schnitt dadurch den Landweg nach Westen ab. Als letzter Ausweg blieb der Seetransport. ...

Die Flucht der Deutschen aus Schlesien verlief weniger dramatisch als in anderen Regionen des Reiches, die Menschen mußten nicht über das Meer setzen oder wochenlang auf den Transport warten. Trotzdem waren der Marsch der Zivilbevölkerung aus dem umlagerten Breslau und der Kampf um einen Platz in den letzten Zügen, die aus der Stadt gingen, ebenso dramatisch. ...

Krepiere, deutsches Schwein

Viele Schlesier wurden in Böhmen und Mähren auch ein Opfer der Selbstjustiz durch die tschechische Bevölkerung, die zum Kriegsende in grausamer Weise sowohl auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 durch Hitler und die Führer der deutschen Minderheit als auch auf die eigene Fügsamkeit in der Zeit des Protektorats reagierte.

Erika A., eine Lehrerin aus Krummhübel, beschreibt ihre Erlebnisse in Pardubitz nach Einmarsch der sowjetischen Armee:

"Man jagte uns mit Schlägen von den Wagen und zwang uns, in einer sechsreihigen Kolonne anzutreten. Wir haben schon nichts mehr, was zu tragen wäre, die Tschechen haben alles 'aufgeräumt'. Unsere russischen Wächter sind alle verschwunden. Den Zug begleitet tschechische Miliz in Zivil mit roter Armbinde. Ich dränge mich in die Mitte des Zuges. Mein Nachbar wird gezwungen die verhaßte Fahne zu tragen. Nach wenigen Metern hat man schon aus den Fenstern auf ihn gezielt. Er fällt, wir gehen weiter. Ich weiß nicht, über wieviele sterbende bzw. Tote wir schon gegangen sind, 10 oder 15? Wer zählt sie überhaupt?

Wir ducken (uns) zwischen den Steinen zusammen, mit denen uns die tschechischen Weibsbilder haßerfüllt bewerfen. 'Krepiere deutsches Schwein!' Auf den Katzenköpfen fahren sie uns hin und zurück. In jeder Ortschaft drohen sie uns mit Fäusten, fliegen die Steine, werden Flüche ausgestoßen!

In den Straßengräben Leichen, hunderte Leichen mit verrenkten Armen und Beinen. An den

Straßenbäumen hängen Leiber von Frauen und Kindern. ... Viele werden mit den Köpfen nach unten aufgehängt und sterben langsam. In jeder Ortschaft lärmende Radiomusik – unterbrochen von aufpeitschenden Parolen, die von den Tschechen begierig gehört werden: 'Deutschenmord ist nicht strafbar' – 'Tötet, Tötet!'

Als wir zurückmarschieren, verlangt die Miliz, Gleichschritt zu halten. Wir gehen an der Kirche vorbei, aus der man die Stimme des Priester hört: 'Tötet die Deutschen, wo ihr sie nur erwischt. Die Schuld wird euch vergeben.'

Nicht einmal, sondern stundenlang, diese Stimme tröpfelt den Haß in die Ohren der Menschen hinein. Sogar die Orgelmusik verhüllt diesen Haß nicht, mit dem der Diener Gottes seine Landleute zum Mord auffordert."

Diese Exzesse – und sie waren keine Seltenheit – waren nicht nur der Ausbruch blinder Wut, sondern auch das Ergebnis einer geplanten Propagandaaktion, die aus blutiger Rache eine Tugend machte. So war es an der Ostfront, wo eine entsprechende Aktion in den sowjetischen Truppeneinheiten lange vor dem Vordringen auf das ehemalige Reichsgebiet durchgeführt wurde.

"Die Deutschen sind keine Menschen", lautete eines der Kriegsflugblätter, die von Ilja Ehrenburg unterzeichnet waren:

"Von heute ist das Wort 'Deutscher' für uns der schlimmste Fluch. Von heute bewirkt das Wort 'Deutscher', daß wir automatisch die Waffe entsichern. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten.

Wenn Du glaubst, daß statt von dir der Deutsche von einem Nachbarn getötet wird, dann hast du die Gefahr nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, so tötet der Deutsche dich.

Er wird die Deinigen festnehmen und sie in seinem verfluchten Deutschland foltern. Wenn du den Deutschen nicht mit einer Kugel töten kannst, töte ihn mit dem Seitengewehr.

Wenn in deinem Abschnitt Ruhe herrscht und kein Kampf stattfindet, so töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn du den Deutschen am Leben läßt, wird der Deutsche den russischen Mann aufhängen und die russische Frau schänden.

Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen!"

So sahen die Flugblätter aus, die den (sowjetischen) Soldaten zur Rache befähigten, seine psychischen Blockaden enthemmen sollten. Und sie waren wirksam, besonders im Fall der zweiten Frontlinie. Die Soldaten der Panzereinheiten, die gewöhnlich als erste die deutschen Dörfer und Städte einnahmen, warnten nicht selten die örtliche Bevölkerung: "Jene, die nach uns kommen, sind böse, nach uns kommen die wirklichen Schüler Stalins."

Das brutale Vorgehen der Armee in den deutschen Gebieten hatte die stille Billigung Stalins. Im Gespräch mit Milovan Djilas erzählte Stalin von einem Major, den man für versuchte Vergewaltigung zum Tode verurteilt hatte. Auf die persönliche Intervention Stalins ließ man den Major frei und schickte ihn an die Front, wo er sich mit Heldentaten hervorgetan habe.

Stalin sagte dabei: "Stellt euch einen Menschen vor, der auf dem ganzen Weg von Stalingrad nach Belgrad Tausende Kilometer durch sein zerstörtes Land gezogen, über die Leichen von Kameraden und der liebsten Angehörigen gestiegen ist! Wie kann so ein Mensch noch normal reagieren! Und was ist daran schrecklich, daß er sich nach allen Schrecklichkeiten mit einer Frau vergnügt?"

Ihr stellt euch die Rote Armee als ideal vor. Aber sie ist nicht ideal und kann nicht ideal sein, selbst wenn in ihren Reihen nicht ein gewisser Prozentsatz Verbrecher wäre. Wir aber haben ja die Tore unserer Zuchthäuser geöffnet und diese Menschen in die Armee geschickt."

Vergewaltigungen auf Befehl

Neben "wilden" Vergewaltigungen spielten sich gezielte Vergewaltigungen auf Befehl ab, als

Form gezielter Verletzung des Selbstwertgefühls der deutschen Frauen und um dasselbe zu brechen. Erinnerungen von Erika A. aus ihrem Bericht:

"Ich vergesse nie diesen Blick. Ängstlich an die Wand gedrückt hunderte deutscher Frauen und Kinder. Im scharfen Licht erkenne ich die Mädchen mit Zöpfen, die Mütter halten Säuglinge in den Armen, alte Frauen mit Kopftüchern. Plötzlich ein Befehl – und hinter unserem Auto stürmt eine ungezählte Schar von Russen hervor. Sie greifen an die Gürtel, laufen mit aufgeknüpften Hosen, manche stolpern, aber stehen schnell auf – und nach einer Weile ertönen von jenseits der Mauer her Wehschreie, Weinen, Flehen und Winseln. Unvorstellbar! Vergewaltigung auf Befehl. Mit russischer Disziplin organisiert. ..."

Durch massenhafte Vergewaltigungen blieben bei den Frauen dauerhaft psychische Schäden zurück, viele nahmen sich das Leben, andere verfielen in tiefe Depressionen und erlitten seelische Zusammenbrüche, Geschlechtskrankheiten verbreiteten sich, denen man nicht entgegenwirken konnte und gegen die es keine Medikamente gab. ...

Erst nach der Überschreitung der Oder und Lausitzer Neiße führte das sowjetische Kommando die scharfe kasernenartige Disziplin ein. Trotzdem behandelten die Soldaten nicht nur die Frauen als "jagdbares Wild", in den russisch besetzten Gebieten gab es fast keinen Widerstand, denn jeder Deutsche muß damit rechnen, festgenommen und als Mitglied des "Wehrwolfes" erschossen zu werden.

Als Schuldbeweis konnte eine aufbewahrte Wehrmachtsuniform, eine versteckte Pistole oder ein nicht rechtzeitig genug fortgeworfenes Exemplar von "Mein Kampf" ausreichen. Deutsche Historiker schätzen, daß infolge der Lynchjustiz in den ersten Wochen nach dem Einmarsch der Russen 75.000 – 100.000 Menschen getötet wurden.

Außerdem wurde die einheimische Bevölkerung systematisch ihres mehr oder weniger wertvollen Besitzes beraubt. Es geschah beispielsweise, daß die Einwohner eines Dorfes oder einer Stadt zusammengetrieben und dann einige Tage in die Umgebung verjagt wurden, um einfacher die verlassene Habe plündern zu können. Das, was den plündernden Soldaten unbrauchbar schien, wurde sinnlos zerstört. Auf diese Weise wurden große Teile der schlesischen und pommerschen (sowie westpreußischen) Städte noch nach Ende der Kampfhandlungen verwüstet, unter anderem 80 % Danzigs.

Gefangenschaft und Deportation

Gleichzeitig mit Einrichtung der sowjetischen Verwaltung wurden Deportationen der zivilen Bevölkerung bis tief in die UdSSR aufgenommen, schon im Dezember 1944 begann man mit dem Abtransport tausender Angehöriger der deutschen Minderheit aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Seit Januar 1945 traf die Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien das gleiche Schicksal. Stalin hat sich um Legalisierung dieser Praktiken durch die Alliierten bemüht und in Jalta (4.-11. Februar 1945) die Zustimmung der Verbündeten zum Einsatz der Deutschen als Arbeitskräfte erhalten, sozusagen als eine Art Wiedergutmachung für die von den Deutschen verursachten Zerstörungen.

Erste Etappe der Verbannung waren Übergangslager – unter anderem in Ciechanów, Posen, Sikawa, Beuthen, Krakau und Przemysl. Die Häftlinge dieser Lager wurden von Funktionären des NKWD verhört, die mühelos deren "Schuld" nachwiesen. ...

Etwa fünf Millionen Deutsche erlebten den Einmarsch der Sowjetarmee in den Ostgebieten des Reiches. Bald mußten auch sie die Heimat verlassen. Bevor es jedoch dazu kam, lebten die Deutschen mehrere Monate, manchmal Jahre, zuerst unter russischer und dann unter polnischer Verwaltung.

Die Beziehung zwischen Polen und Russen in den Westgebieten gestalteten sich nicht zum besten. Dies resultierte nicht nur aus den historischen Gegensätzen, die beide Völker trennten. Es ging auch um die Konkurrenz bei der Beherrschung der eingenommenen Gebiete. Die Russen wollten möglichst viel aus diesen Gebieten herausholen, die Polen möglichst viel be-

halten. Ununterbrochen gingen demontierte Industrieenanrichtungen nach Rußland, und was sich nicht herausschleppen ließ, wurde oft absichtlich zerstört.

Die polnische Verwaltung übernahm also von den Verbündeten ein zerstörtes, verbranntes und fast vollständig ausgeraubtes Land.

Ihrerseits machte sich die polnische Verwaltung an eine hastige Polonisierung, d.h. sie machte sich daran, die Spuren des Deutschtums in den Westgebieten zu verwischen. In Oberschlesien, das wegen seiner starken katholischen Tradition bekannt ist, verbot man sogar in den Kirchen die Messe in deutscher Sprache. ...

Das Recht auf Rache

Nach der (deutschen) Besatzungszeit erschienen Rache und Vergebung an den Deutschen für den Terror und den Völkermord wie ein Naturgesetz. In den (polnischen) Staatssicherheitsdienst UB nahm man im übrigen häufig junge Menschen auf, die noch nicht einmal zwanzig Jahre alt und durch den Krieg demoralisiert waren, sie lebten oft auf eigene Faust ihre Macht aus - als Herren über Leben und Tod.

Zwar wurden nach der Kapitulation Deutschlands offiziell Gewalttaten verboten und sogar – wie in Greifenberg in Pommern – Prozesse gegen Beamte des Staatssicherheitsdienstes veranstaltet, welche sich Unrechtstaten gegen Deutsche zuschulden hatten kommen lassen, dennoch waren Verfolgungen und Schikanen gegenüber der deutschen Bevölkerung an der Tagesordnung.

In Niederschlesien wurden nach russischem Muster "Adolf Hitler-Gedenk-Märsche" veranstaltet, wobei man die Menschen kilometerweit trieb.

Eine andere Form der "Reedukation" (Umerziehung) – die in physische und psychische Torturen überging – war die Exhumierung von den sterblichen Überresten der von Gestapo, SS oder Wehrmacht erschossenen KZ-Opfer.

Es folgt der Bericht von M. W. aus Landeshut in Niederschlesien. Sie wurde auf der Straße festgenommen, man drückte ihr einen Spaten in die Hand und trieb sie zum Friedhof:

"Mäntel ausziehen, kam der Befehl. Dann: 'Hinein in die Grube und mitschaufeln'. Mit Erleichterung stellten wir fest, daß es ganz harter, alter Boden war, also ein neu zu schaufelndes Grab. ...

Dann erschien ein Milizionär oben am Rand und suchte 4 junge Mädchen aus. 'Mitkommen!' Wir kletterten hastig und ängstlich hinauf. Wir wurden auf die andere Seite des Friedhofes geführt, wo ebenfalls Männer am Schachten waren. Aber hier waren es Gräber mit Leichen gefüllt, wie wir an dem üblen Geruch merkten. Und hier klatschte es schon mit Gummiknüppeln und Stöcken auf die Rücken der emsig arbeitenden deutschen Männer, hier wurden immer wieder unterdrückte Schreie laut.

Wir mußten eine Tragbahre anfassen und bekamen etwas draufgelegt – einen Toten? Wir schauten nicht hin, rannten nun mit der Bahre auf Befehl los bis zum Rasenplatz in der Mitte des Friedhofes. 'Absetzen!' Dann rannten wieder zwei Männer herbei, die unsere Last abnehmen und auf den Rasen betten mußten. Wir ahnten das alles mehr, wir schauten noch immer nicht hin, da war dieser fade, süßliche Geruch, der sich immer mehr verbreitete und einem in der Kehle würgte. Wieder im Laufschrift zurück zum Grab und nun: 'Packt selbst an, los!' Jetzt mußten wir schauen.

Da unten lagen halbverfaulte Leichen, wohl ein bis zwei Jahre unter der Erde, mit gestreiften Kleiderfetzen angetan – KZler. Wie sollten wir zupacken? 'Mit den Händen, Ihr deutschen Schweine.' Wir stiegen halb in die Grube hinab und zerrten zu zweit eine Leiche nach oben. ... Und dieser pestartige Gestank! Wir keuchten wieder zum Rasenplatz und legten nun selbst unsere Last neben die anderen Leichen. ... Wir wollten uns die schmierigen, schwarzen Hände im Gras abwischen. Es wurde nicht gestattet. Weiter!

Auf der Friedhofsmauer, in der Nähe des Grabes, hatten sich die Schaulustigen der polnischen

Bevölkerung eingefunden. Das Taschentuch vor der Nase hockten sie stundenlang da, überschütteten uns mit wüsten Schimpfereien und feuerten die Miliz zu immer wilderen Hieben an. Uns wurde der Atem immer kürzer, die Leichen immer schwerer; wir kriegten sie nicht mehr hoch. Ein "ich kann nicht mehr!" entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Schlag und noch einen und noch einen.

... Wir konnten nicht mehr. Ein 'Ich kann nicht mehr!' entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Stockschlag und noch einen und noch einen.

Nun war mir alles gleich. Ich schleifte die Leiche an den Strümpfen, an meinem Rock, an meinem weißen Pullover hoch, ich mußte sie um jeden Preis auf die Bahre bringen. Es gelang. Ich roch nun selbst wie eine Leiche, es grauste mir vor mir selbst."

Die brutale Rache an den Deutschen traf nach dem Krieg – nach dem Prinzip der Kollektivverantwortung – Schuldige und Unschuldige am Nazismus, und die vom Krieg und von der Macht demoralisierten jungen Menschen eigneten sich nicht sehr zur "Reedukation" vor irgend jemandem, sondern höchstens zur Rache.

Der Status der Deutschen in Polen unmittelbar nach Kriegsende wurde durch einen ganzen Komplex von Dekreten bestimmt, unter ihnen auch durch das Dekret vom 31. August 1944 über die Strafzumessung für faschistische und Naziverbrecher, deren Tätigkeit – insbesondere auf den 1939 dem Reich angegliederten Gebieten – natürlichen Personen oder der polnischen Nation Schaden zugefügt hatte. Ein Zusatz vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Kreis der Verräter um Mitglieder aller "verbrecherischen Organisationen".

Diese Verordnung bewirkte eine Welle von Massenverhaftungen. Wer bis zu dieser Zeit der Verhaftung durch die Russen entgangen war, fiel in die Hände der (polnischen) Miliz. Opfer waren selten Naziprominente, denn diese waren schon längst nach Westen geflohen. In die Gefängnisse und Lager gerieten die einfachen Mitglieder der NSDAP, der deutschen Polizei, der Jugend- und Frauenorganisationen des Dritten Reiches.

Wer unschuldig war, bekannte sich unter Schlägen und Folterungen ebenfalls zu einer Schuld. Auf diese Weise füllten sich die Gefängnisse in Fordon, Graudenz, Koronowo, in Lodz, Warschau und vielen anderen Städten mit Deutschen. Die "Verhöre" in den Kellern des Sicherheitsdienstes blieben vielen deutschen Zeugen ebenso tief im Gedächtnis wie den damals verhafteten Polen.

Die Deutschen saßen in polnischen Gefängnissen mehrere Jahre. Die ersten Prozesse der sogenannten Außerordentlichen Strafgerichte begannen Ende 1946/Anfang 1947. Nachdem die Deutschen ein dreijähriges Urteil abgesessen hatten, kamen sie jedoch selten hinaus in die Freiheit, die nächste Etappe waren Arbeits- und Internierungslager.

Schatten der Hölle von Lamsdorf

Besonders grausigen Ruhm hat das Lager Lamsdorf, etwa 40 km von Oppeln, erlangt. Fast ein halbes Jahrhundert seit Kriegsende versuchen deutsche und polnische Historiker, Juristen und Publizisten die Wahrheit über dieses Lager zu ergründen. ...

Am 4. Oktober 1945 brach im Lager ein Feuer aus. Die Ursachen sind unklar, jedoch behauptet die Mehrzahl der Zeugen, die Baracke mit den Häftlingen sei absichtlich angezündet worden. Einer der Zeugen hat sich erinnert:

"Wir waren kaum auf die Straße getreten, (da) begegnete uns der Mörderling Ignaz. Er ließ uns halten, griff sich Emmanuel M. aus Gruben heraus und legte dreimal mit der MP auf ihn an, aber es war jedesmal ein Versager. Ignaz steckte die Patrone wieder ins Magazin und ließ uns weitergehen. Wir waren kaum 20 Schritte gegangen, da ließ er uns wieder halten. Als er herankam, fragte er jeden nach der Parteizugehörigkeit. W. aus Karbischau meldete sich als einziger. Er mußte an den Straßenrand treten. Es krachten 2 Schüsse, und W. brach sterbend zusammen.

Als wir auf den Brandplatz kamen, lagen bereits mehrere Tote um die brennende Baracke. Ich

mußte die Toten wegschaffen lassen. Es herrschte ein wüster Lärm. Die Menschen, auch Frauen wurden gehetzt und gejagt, zu Boden geschlagen und erschossen. Wasser zum Löschen war nicht vorhanden. ... Ein Teil der Männer mußte Sand auf die Dächer der nebenstehenden Baracken tragen, damit die Teerpappe nicht Feuer fing. Die restlichen Männer und Frauen mußten den Brand bekämpfen. Den Boden mußten sie mit Händen in Eimer kratzen. Dann mußten sie den Sand in die Flammen schütten.

Jeder, der nicht nahe genug an das Feuer ging, wurde in die Flammen gestoßen. Viele fielen dabei in den Flammen zu Boden. Die Stehenbleibenden wurden erschossen. Solche Opfer mußten aber gleich von Kameraden herausgeholt werden. Einige von diesen Opfern lebten noch, als sie aus dem Feuer herauskamen. Wenn sie Schmerzensschreie ausstießen, wurden sie zu Boden getreten."

Dem Autor dieses Berichtes zufolge hat der Barackenbrand etwa 40 Opfer gefordert. ...

"Heuschrecken in den Wiedergewonnenen Gebieten"

Die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung in der ersten Phase der Übernahme der Westgebiete waren völlig unkontrolliert. In diese Gebiete strömten alle möglichen Arten von Dieben, die "Heuschrecken der Wiedergewonnenen Gebiete", welche leichte Beute witterten.

Ein Teil von ihnen ging später in die Miliz, andere kehrten nach Ausplünderungen der noch in diesem Gebiet verbliebenen Deutschen nach Zentralpolen zurück.

Zusammen mit der systematischen Aussiedlung der Polen aus dem ehemaligen Ostpolen begann die systematische Aussiedlung der Deutschen aus den Westgebieten. Die Repatrianten von jenseits des Bugs besiedelten zuerst die Dörfer, wobei sie die besten Höfe der Deutschen erhielten. Die bisherigen Eigentümer konnten noch eine gewisse Zeit in ihren Häusern verbleiben, dennoch hatten sie auf diese keinerlei Rechte.

Unterschiedlich gestaltete sich das Zusammenleben der wegziehenden Deutschen und der hereinströmenden Polen. Meistens dominierte Feindseligkeit und Haß. Ihrer Habe beraubt, zur Rolle von nicht einmal Lohnarbeitern degradiert, denn der Lohn für die Arbeit bestand oft nur in einem Teller Suppe, wurden die Deutschen zu Vertriebenen, bevor sie überhaupt den Ausreisebefehl nach Deutschland erhalten hatten. Viele nahmen in dieser Situation den Transport über die Oder mit Erleichterung an. ...

Die Deportationen der Deutschen aus den in Jalta und Potsdam an Polen angeschlossenen Gebieten vollzogen sich in mehreren Phasen. Zuerst kam eine Welle wilder Aussiedlungen, damit vollendete Tatsachen geschaffen würden. Später aber, im Herbst 1945, wurden die Transporte im Einverständnis mit den Alliierten organisiert, die die Aussiedler in ihren Zonen aufnahmen. Die Deutschen wurden zunächst in Übergangslagern zusammengetrieben, wo sie wochenlang auf den Transport warteten. ...

In vielen Erinnerungen wird geschildert, wie während der "Gepäckkontrolle" den Ausgesiedelten die letzten Wertgegenstände genommen wurden, wie die Züge auf dem Weg nach Westen von Räuberbanden überfallen wurden, nicht selten in Absprache mit der Eskorte.

Hans P., evangelischer Pastor aus Bad Polzin bei Belgard, erinnert sich: "... Nachts kam dann ein Transportzug aus Viehwaggons. Als wir mit diesem abfahren, ging gleich das Plündern los. Polnische Banditen waren überall mit eingestiegen, blendeten uns mit ihren Stabtaschenlampen, durchsuchten und zogen uns zum Teil aus. Der Begleitposten des Waggons stand hohnlachend dabei und hielt den jeweils Behandelten die Maschinenpistole auf die Brust, daß keiner sich wehrte. ...

Jedesmal, wenn der Zug hielt, stiegen die Banditen aus, und neue stiegen an ihrer Stelle ein. Die ganze Strecke war in Plünderungsbezirke eingeteilt, und die Posten steckten mit den Raubkolonnen unter einer Decke. Bei manchen Waggons sollen die Insassen gesammelt und den Posten bestochen haben. Wenn die gesammelte Summe groß genug war, hat er die Plünderer nicht hereingelassen. In unserem Waggon hatte aber keiner größere Summen polnisches

Geld bei sich. Deutsches Geld nahmen sie nicht.

Als wir gegen 6.00 Uhr morgens am 15. Dezember in Scheune bei Stettin den Zug verlassen mußten, stand ich ohne Mantel, Rock und Weste, ohne Schuhe, auf Strümpfen, in Hose und Strickjacke, meine Frau auch ohne Mantel und ohne Schuhe auf dem Bahnsteig unter freiem Himmel bei 15 Grad Frost.

Kurz nach uns wurde ein zweiter Transportzug ausgeladen. Und alle 3.000 Menschen waren wie wir mehr oder weniger leicht gekleidet. Nur ganz wenige waren noch vollständig angezogen. Manche waren verwundet oder zusammengeschlagen. Aus unserem Zug sind etwa 20 erschossen worden, weil sie sich gegen die Ausplünderung gewehrt hatten. Und da standen wir und warteten auf Züge, die uns das letzte Stück über die Oder bringen sollten. Bahnbeamte sagten uns, manchmal dauerte es mehrere Tage."

Damit könnte man den Bericht vom "Abschied aus dem alten deutschen Osten" aus deutscher Sicht beenden. Die deutsche Sicht ist zwar eine andere als die polnische, aber nicht anders als die polnischen Erfahrungen aus den Kriegsjahren. Man kann sagen, die Deutschen haben nach dem Krieg manche Repressions- und Terrorformen am eigenen Leib erfahren wie zuvor die Polen. Aber das genügt nicht.

Viele Historiker suchen heute "die Schuldigen" der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa, die den Tod von 2 Millionen Menschen nach sich gezogen hat. Die Westmächte haben die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei beschuldigt. Diese haben sich auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berufen, die die Ausweisung der Deutschen legalisiert haben.

Die Bundesrepublik hat jahrzehntelang auf die Friedenskonferenz gewartet, die die rechtsgültige Regelung der westlichen Grenze Polens bringen sollte. Gleichzeitig konnte kein vernünftiger Mensch davon ausgehen, daß infolge einer solchen Konferenz der Stand aus der Zeit vor dem Jahre 1945 wiederhergestellt wird und der Kreis sich gleichsam schließlich würde.

Heute ist es trotz des Niedergangs des Kommunismus und trotz der riesigen Veränderungen, die in Europa seit 1989 vor sich gehen, noch weit bis zu einem endgültigen Abschluß der Folgen des Zweiten Weltkriegs.

Deswegen ist das Prinzip dignitas humana von so großer Bedeutung, um, wie der Amerikaner Alfred Maurice de Zayas schreibt, in künftigen Jahrzehnten die Idee der Menschenwürde – auch des eigenen Feindes - und das Gerechtigkeitsprinzip gegenüber jedem zu verteidigen. Der erste Schritt in dieser Richtung ist der gerechte Blick in die Vergangenheit, auf die eigene und auf die fremde Schuld. Es geht hierbei nicht darum, das Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Unrecht bleibt Unrecht, unabhängig davon, wer es wem und weshalb und unter welchen Umständen auch immer zugefügt hat. Stets hat das Leiden des anderen die gleiche Dimension wie unser eigenes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die "Polonisierung Ostdeutschlands (x309/126-127): >>... Nach der Vertreibung tat man alles, um möglichst alle Spuren der Landesbewohner zu beseitigen. Eine Sektion des Posener "Westinstituts" und staatliche Ortsnamenskommissionen machten sich daran, polnische Ortsnamen zu erfinden; auch Vornamen und Familiennamen der verbliebenen Deutschen wurden polonisiert; aus Schulz wurde Szulz, aus Georg wurde Jerzy und so weiter. Viele deutsche Friedhöfe wurden verwüstet oder ganz nivelliert und deutsche Inschriften in Kirchen, Schulen und Privathäusern entfernt.

Erscheinungen dieser Art hat Alexander Solschenizyn in seiner Dankrede für den Literaturnobelpreis 1970 angesprochen:

Dreist und siegreich schreitet die Gewalt auf der ganzen Welt voran, sich immer weniger um den Rahmen der jahrhundertealten Gesetze kümmernd, ohne sich darüber Gedanken zu machen, daß die Fruchtlosigkeit der Gewalt in der Geschichte bereits vielfach aufgezeigt und

erwiesen ward. Und es triumphiert nicht einmal die simple, rohe Gewalt, sondern der Posauenchor ihrer Verteidiger; die Welt wird von der dreisten Behauptung überrumpelt, daß die Gewalt alles kann, das Recht aber nichts.

Doch vergessen wir nicht, daß die Gewalt nicht allein leben und weiter bestehen kann; - sie ist unweigerlich mit der Lüge verflochten. Zwischen den beiden besteht die natürlichste, die tiefste Verwandtschaft und Bindung; ... Jeder, der einmal die Gewalt zu seiner Methode erklärt hat, muß unweigerlich die Lüge zu seinem Prinzip erklären.

Alles in allem beweisen Planung und Durchführung der Deutschenvertreibung aus dem polnischen Machtbereich, daß hier ein Fall von Völkermord (Genozid) vorliegt; denn es ging der Regierung und den Tätern darum, durch Terror die ethnischen Gruppen der Schlesier und Ostpreußen ganz und die der Pommern und Brandenburger zum Teil zu zerstören. Dies ist auch die Ansicht führender Völkerrechtslehrer wie Felix Ermacora, Dieter Blumenwitz, Otto Kimminich und Alfred M. de Zayas.<<

18.05.1993

Dänemark: 51,8 Prozent der Dänen stimmen am 18. Mai 1993 für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.

24.05.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Mai 1993: >>**Jahrhundertelang hat Feindschaft Polen und Ukrainer getrennt**

... Der Zweite Weltkrieg war schon fast vorbei, als in der Ukraine immer noch gekämpft wurde. Antikommunistische Partisanen lieferten sich dort sogar noch bis in die fünfziger Jahre hinein Gefechte mit der Sowjetarmee. Und im vorübergehenden Machtvakuum der Endkriegszeit beglichen sie auch lange ausstehende Rechnungen mit der polnischen Bevölkerung in Wolhynien. Mindestens eine halbe Million Polen soll bei den Massakern der "Ukrainischen Aufstandsarmee" OPA ums Leben gekommen sein.

Viele Polen flohen damals nach Zentralpolen; eine große Zahl von ihnen wurde in die ehemals deutschen Westgebiete umgesiedelt. Dort ist das Wolhynien-Trauma bis heute lebendig, manche Menschen reagieren in dieser Region sogar schon auf das Wort "Ukraine" mit Wutausbrüchen oder Erbleichen. Wolhynien war der vorläufige Endpunkt einer jahrhundertelangen Nachbarschaft, die im Bewußtsein von Ukrainern und Polen bis heute nicht als freundschaftlich und gewaltfrei, sondern als blutig und haßerfüllt gilt.

Jahrhundertlang lebten Ukrainer und Polen zusammen in den gleichen Gebieten, zunächst in der polnisch-litauischen Adelsrepublik, später im habsburgischen Galizien und dann unter dem polnischen Zwischenkriegsregime. Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trennten sich ihre Siedlungsgebiete, die Polen wurden aus der Sowjetukraine ausgesiedelt und vertrieben, die Ukrainer in Polen "repatriiert" oder von der polnischen Armee in die Westgebiete ausgesiedelt, in Arbeitslager gesperrt oder schlicht erschossen.

Im Jahre 1990 entschuldigte sich Polens Senat offiziell für diese Säuberungsaktionen. Seither warten die Polen auf ähnliche Worte der Ukraine für die Wolhynien-Morde, während die ukrainische Minderheit auf Entschädigungen für die damals enteigneten Güter in Südostpolen hofft - beides bisher vergebens. ...<<

26.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1972-1998 Mitglied des Bundestages) erklärt am 26. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/191-192): >>... Unsere Mitbürger sind empört, wenn sie von manchen Politikern und Medien der Ausländerfeindlichkeit verdächtigt werden, während sie doch lediglich versuchen, sich aus ihren handgreiflichen Erfahrungen ein Urteil zu bilden. Das verstört und verletzt die Menschen. Manchmal entsteht bei ihnen sogar der Verdacht, daß das undifferenziert ausgesprochene Wort "Ausländerfeindlichkeit" von der Politik als Kampfbegriff zur Ruhigstellung des eigenen Volkes ver-

wendet wird.

Ich kann nur warnen, meine Damen und Herren. Es wäre besser, wenn wir zugeben würden: Nicht das deutsche Volk hat in der Asylfrage versagt, sondern die deutsche Politik hat in der Asylfrage versagt.<<

28.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

02.06.1993

Belgien: Die Innen- und Justizminister der EG-Mitgliedstaaten beschließen am 2. Juni 1993 die Errichtung der europäischen Polizeibehörde EUROPOL.

22.06.1993

Rußland: Der Moskauer Generalstaatsanwalt (Hauptverwaltung zur Überwachung der Durchführung der Gesetze in den Streitkräften) der Russischen Föderation schreibt am 22. Juni 1993 (x170/193): >>**Rehabilitierungsbescheinigung**

Hiermit wird bescheinigt, daß der deutsche Staatsbürger Martin R., geb. 1894 in Leipzig, am 28. März 1946 grundlos verhaftet und am 12. Dezember 1946 durch das Kriegsgericht des Bundeslandes Sachsen nach Artikel 58-2 des UK der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zum höchsten Strafmaß – zum Tode durch Erschießen, ohne Einziehung des Besitzes aus Mangel desselben, verurteilt wurde.

Das Urteil wurde am 17. Januar 1947 in Dresden vollstreckt.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes der Russischen Föderation über die "Rehabilitierung der Opfer politischer Repressivmaßnahmen" vom 18. Oktober 1991 ist Martin R. rehabilitiert.

gez. N. S. Wlasenko, Militärstaatsanwalt

Abteilung Rehabilitierung<<

27.07.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juli 1993: >>**Tschechen lehnen Verhandlungen ab**

Die Mehrheit der Tschechen lehnt Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab und hält ihre Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg für richtig.

Dies geht aus einer am Montag in Prag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des tschechischen Instituts für Meinungsforschung unter 857 Tschechen hervor. 49 Prozent halten die Vertreibung demnach für richtig. 27 Prozent für eher richtig. Als eher falsch sehen 7 Prozent und als falsch 3 Prozent der Tschechen die Ausweisung von rund 3 Millionen Deutschen aus der damaligen Tschechoslowakei an.

Die Forderung der Sudetendeutsche nach Verhandlungen über ein Heimatrecht mit Rückkehranspruch lehnen 39 Prozent der Tschechen ab. Von weiteren 23 Prozent werden solche Gespräche verneint, eher bejaht werden sie von 20 Prozent. 6 Prozent der Tschechen setzen sich entschieden für die Verhandlungen ein. Drei Viertel aller Tschechen glauben der Umfrage zufolge, den Deutschen gehe es nur um die Rückgabe ihres Eigentums.<<

02.08.1993

Belgien: Infolge internationaler Währungsspekulationen erweitern die EG-Finanzminister am 2. August 1993 die engen Schwankungsmargen des EWS von 2,5 Prozent auf 15 Prozent (größte Krise des EWS seit seiner Einführung im März 1979).

26.08.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. August 1993: >>... Die Ja-

paner trauen ihren fünf Sinnen nicht mehr. Da steht ihr Regierungschef vor dem Parlament und sagt "Invasion", als er von den japanischen Eroberungskriegen im Zweiten Weltkrieg spricht. Er nennt die Zeit "Kolonialherrschaft", in der ihre Väter über Korea, Taiwan und China herrschten.

Die zwei Begriffe vom neuen Premierminister Morihiro Hosokawa, nunmehr zur offiziellen Vergangenheitserklärung eingesetzt, reichen völlig, um Japans eigener Geschichtsversion des 20. Jahrhunderts die Grundlage zu entziehen. Japan, vielleicht die modernste Wirtschaftsmacht der Welt, erlebt einen Vergangenheitsschock.

Kaum faßbare Lügenmärchen werden den Japanern seit 48 Jahren aufgetischt. Schon die Potsdamer Erklärung von 1945, die Japans bedingungslose Kapitulation forderte, wurde nie für die Öffentlichkeit übersetzt. Statt dessen einigten sich amerikanische Besatzer und japanische Bürokraten nach dem Krieg im Sprachgebrauch auf "Kriegsende" und "Truppenstationierung" an Stelle von "Niederlage" und "Besatzung".

Noch heute sprechen japanische Schulbücher vom "Truppenbesuch" der japanischen Armeen in China. Statt Klarheit zu schaffen, verschleierten die Japaner ihre Rolle in der Weltgeschichte. Intellektuelle sprachen von asiatischem Schamgefühl, wo von Schuld die Rede sein mußte.

...

Schon 1964 beschwor der einflußreiche Historiker Fusao Hayashi das Schicksal des westlichen Imperialismus, welches Japan die angebliche historische Bürde auflegte, Restasien vom Kolonialismus zu befreien. Japans eigene Kolonialrolle erwähnten von da an nur noch Sozialisten und Kommunisten. ... Währenddessen blieb der Völkermord japanischer Truppen 1937 im chinesischen Nanking, eine der grausamsten Kriegshandlung des Zweiten Weltkriegs, nicht nur an Schulen unerwähnt. ...

Gegen diese Geschichtsfälschung mit der Wahrheit anzutreten, setzt die Einsicht voraus, daß Japan mit seiner auf dem Inselmythos ruhenden Ideologie von der gesellschaftlichen und historischen Einzigartigkeit in der heutigen Welt scheitern muß.

Japans Zukunft im 21. Jahrhundert liegt in Asien. China und Südostasien bieten die neuen Weltmärkte, die allein noch den Wohlstand mehren können. Sie zu erobern, verlangt nach einer moralischen Kehrtwende.

Nicht einmal die unendlich große konfuzianische Duldsamkeit so vieler Asiaten machte die japanischen Greuelthaten erträglich. Südkoreaner und Japaner, die auf amerikanischen Befehl zu Verbündeten wurden, blieben sich innerlich immer fremd. Nichts konnte die Südkoreaner zuletzt mehr erregen, als das Schicksal der Frauen, die von den japanischen Truppen systematisch vergewaltigt wurden.

Erst in den neunziger Jahren hatten sich einige der betroffenen Frauen in die Öffentlichkeit gewagt und die Sexskandale der kaiserlichen Armeen ans Licht gebracht. Schnell solidarisierten sich die Opfer von Seoul bis Singapur, von Manila bis Kuala Lumpur. Ganz Asien erhob sich moralisch gegen die neureichen Herren in Tokio.

Der Glaube an eine japanische Bekehrung wird den Asiaten nicht leichtfallen. Viele fordern nun auch Entschädigung. Auf 16 Milliarden Mark haben japanische Rechtsanwälte die allein aus der Kolonialzeit in Korea und Taiwan ausstehenden Entschädigungssummen für die noch lebenden Opfer hochgerechnet.

Auch der Streit um die japanischen Schulbuchttexte, der bereits in den achtziger Jahren zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Tokio und Peking führte, ist längst nicht beendet.

...<<

03.09.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. September 1993 über die "Katyn-Morde": >>**Polen will Katyn-Morde vor Gericht bringen**

Gut 50 Jahre nach dem vom einstigen sowjetischen Geheimdienst NKWD verübten Massen-

mord an polnischen Offizieren hat die polnische Justiz eigene Ermittlungen begonnen und will 3 ehemalige NKWD-Offiziere in Polen vor Gericht stellen. ... Rund 15.000 polnische Offiziere waren nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 der nach Ostpolen einrückenden Roten Armee in die Hände gefallen, in Lager verschleppt und vom NKWD erschossen worden.<<

05.09.1993

BRD: Die "Welt am Sonntag" berichtet am 5. September 1993 (x268/193): >>Auch Ausländer äußern sich zunehmend ausländerfeindlich. Dabei handelt es sich vielfach um Gastarbeiter, die schon lange in Deutschland leben und gegen jüngst zugewanderte Asylbewerber Front machen, weil diese angeblich das Ansehen von Ausländern generell schädigten. ...<<

18.09.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 1993: >>**Weiter Streit um Kreuz für deutsche Opfer**

Der Streit um die vorgesehene Errichtung eines Kreuzes für deutsche Nachkriegsopfer in dem ostböhmischen Kurort Johanniskirche (Janske Lazne) hat einen weiteren Höhepunkt erreicht. Wie die amtliche Prager Nachrichtenagentur CTK ... meldete, will eine anonyme Organisation aus Pilsen das geplante Denkmal mit einer "Höllmaschine" in die Luft sprengen. Die Einwohner von Johanniskirche hatten Anfang September in einer Volksbefragung der Aufstellung eines Kreuzes mit der Inschrift "Den Opfern des Frühlings von 1945" zugestimmt, das an 12 von tschechischen "Roten Garden" ermordete deutsche Zivilisten, darunter drei Jungen und ein Mädchen, erinnern soll.

Am Dienstag hatte eine Prager Stadtorganisation des tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer empört gegen das Vorhaben protestiert.<<

30.09.1993

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 1993 über ein Treffen der Siebenbürger Sachsen bei Schäßburg: >>... Immer mehr Siebenbürger Sachsen sehen eine Zukunft in ihrer rumänischen Heimat und wollen der Auswanderungswelle nach Deutschland nicht folgen. ... Im Festgottesdienst sagte der Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Christoph Klein, dieses beeindruckende Zusammenkommen mache Mut und Hoffnung für einen neuen Anfang der immer kleiner werdenden Gemeinschaft, in neuen Formen und Strukturen eine sinnvolle und lebensfüllende Existenz zu finden. ...

Die Zahl der in Rumänien verbliebenen Deutschen in Siebenbürgen wird auf knapp 35.000 geschätzt.<<

04.10.1993

Belgien: Die EG unterzeichnet am 4. Oktober 1993 Europa-Abkommen mit Tschechien und der Slowakei.

12.10.1993

BRD: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe weist am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigt die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

13.10.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 1993: >>**Boris Jelzin entschuldigt sich**

... Als erster Moskauer Politiker hat sich der russische Präsident Boris Jelzin für den Tod Zehntausender Japaner entschuldigt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kamen. ... Seine Gastgeber äußerten Genugtuung über die Geste Jel-

zins. Bei einem Mittagessen mit führenden Vertretern der Wirtschaft sagte Jelzin, er habe im Namen der russischen Regierung beim Kaiser und bei Hosokawa (Ministerpräsident) für den Tod vieler Kriegsgefangener um Verzeihung gebeten. ...

Stalin hatte ungeachtet eines Neutralitätspaktes Japan im August 1945 den Krieg erklärt. In Nordasien waren nach der Kapitulation Japans schätzungsweise 600.000 Japaner - zumeist Soldaten, aber auch Zivilpersonen - in Gefangenschaft der Roten Armee geraten und nach Sibirien geschickt worden. Mehr als die Hälfte wurde nie wieder gesehen. ...

Bei seinen Äußerungen über die Einhaltung der internationalen Verträge der Sowjetunion ging Jelzin nicht ausdrücklich auf die Kurilenfrage ein. ... Hosokawa forderte Jelzin auf, die 4 Inseln zurückzugeben. 1956 hatte Moskau versprochen, nach einem Friedensvertrag mit Japan 2 der Inseln herauszugeben.

Jelzin sagte zu, den im vergangenen Jahr angekündigten Truppenrückzug von den Kurilen zu vollenden. ...

Das Hauptinteresse Jelzins gilt japanischer Wirtschaftshilfe. Tokio hat bisher Kredite im Umfang von 5 Milliarden Dollar zugesagt, von denen erst 10 % ausgezahlt worden sind. ...<<

18.10.1993

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (42/1993) berichtet am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>Neues vom Turmbau zu Babel

Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.

Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten.

Aber wie kam es dazu, daß die Richter in eine solche Lage gerieten? Weil in der Bundesrepublik bis in die Regierungsspitze hinein nicht ernsthaft über die Probleme, die zu Maastricht führten, diskutiert worden war. Die Wähler mußten arglos gehalten werden.

So billigte die Bundesregierung in Maastricht ein Monstrum, das weder einen Bundesstaat zum Ziel hatte noch einen föderativen Staatenbund. Den Richtern fiel dazu das schöne Wort "Staatenverbund" ein, sie konnten nicht gut, wie Margaret Thatcher, die Definition "künstlich geschaffener Mega-Staat" wählen. Da sie sich selbst bisher etliche Befugnisse zuerkannt hatten, die nicht in die Rubrik höchstrichterliche Selbstbeschränkung fallen, mußte nicht nur jetzt verhandelt werden; es sind weitere Klagen zu erwarten.

Alle Welt stimmt nun darin überein, daß die Regierungen und die Euro-Bürokratie ihre Mittel ausgereizt hätten. Der Bundespräsidentenskandidat der Union, Steffen Heitmann, weist darauf hin, daß Europa nicht von oben verordnet werden könne. Künftig müßten die Regierungen vor ihren Wählern genauer begründen und rechtfertigen, warum und mit welchen Zielen sie Hoheitsrechte abgeben wollen.

Aber hier liegt ja der Hase im Pfeffer. Man hat den Deutschen eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie es seien, deren Mark man schwächen wolle, indem man sie vergesellschaftete. Sogar Präsident Mitterrand hat sich in vornehmer Weise an diesem unlauteren Spiel beteiligt. Hätten er und seine Büchsenspanner das nicht getan, wäre Maastricht schon an dem Referendum der Franzosen gescheitert.

Le Figaro, altberühmte Tageszeitung Frankreichs, verglich Maastricht frohgemut mit dem Versailler Vertrag von 1919, der beträchtlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. So ließ er sich vernehmen:

"Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden.

Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt."

"Deutschland wird zahlen, sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."

Diese Argumentation war bei uns nicht werbewirksam. Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber schrieb an Kohl, er halte Maastricht für einen Irrweg.

Obwohl man sich im Kreise der Regierungschefs befriedigt zeigt, machen die Ministerialbeamten säuerliche Gesichter. Zu deutlich haben die Karlsruher Richter die Klippen des Vertrages aufgezeigt.

Sie haben im Geschichtsbuch nachgeblättert und herausgefunden, daß die stufenweise Entwicklung der nationalen Einheit Deutschlands im 19. Jahrhundert eben nicht durch einen vorherigen Währungsverbund oder auch eine Währungseinheit zustande gekommen ist. Offenbar meinen einige Richter, ohne eine vorhergegangene politische Union sei die gewollte Währungsunion überhaupt nicht zu verwirklichen, und dann müsse man sich eben neu zusammensetzen. Auch sei das Datum 1999 für die letzte Stufe der Währungsunion nicht "unter allen Umständen" verbindlich.

Letztlich dürfe "beim Scheitern der Stabilitätsgemeinschaft" auch eine Lösung aus der Gemeinschaft möglich sein, als Ultima ratio gewissermaßen.

Dies klingt ein wenig weltfremd. Wohl ist möglich, ja wahrscheinlich, daß eine Stabilitätsgemeinschaft nicht zustande kommt. Als Inflations- und Interventionsgemeinschaft könnte sie sich aber etablieren; wie sollten die Deutschen dann noch aussteigen?

Gemeinhin sagt man über eine Politik nichts Gutes, wenn man sie für abenteuerlich erklärt. Maastricht ist solch ein Abenteuer, und dazu fällt Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung der aparte Satz ein: "Wer nicht wagt, der verliert."

Nicht ganz so leichtherzig haben das die Verfassungsrichter beurteilt. Sie behalten sich vor einzugreifen, wenn sie Grundrechte durch die Europa-Politik verletzt sehen. Und da man mit dem europäischen Gerichtshof in Luxemburg tatsächlich keine guten Erfahrungen gemacht hat, statuieren die Richter, auch europäische Hoheitsakte könnten in Karlsruhe angefochten werden. Man weiche hier von einer früheren Entscheidung ab, vermerkt das Urteil lapidar und in Klammern. Ein deutsches "Übergericht" also?

Anstatt sich durch neue rasche Schwindeleien neue Trostpreise zu verschaffen, sollte eine Denk- und Erfahrungspause eingelegt werden. Durch überstürzten Aktionismus wird man nicht an den realen Problemen vorbeilavieren können, die ja in der Tat durch die Nationen allein nicht bewältigt werden können.

Dem Gericht sei Dank, daß es so viel Mut und Weisheit gezeigt hat, wie ihm auch von den Engländern bescheinigt wird. Einen Vorteil jedenfalls hat diese Entscheidung: Sie beseitigt vorerst die lastende Unsicherheit und schafft Raum für neues Planen, neue Initiativen. Freilich, wer sich so leichtfertig vom immer wieder beschworenen "Bundesstaat Europa" getrennt hat, der war bisher eben gedankenlos und wird erst einmal beweisen müssen, daß er überhaupt in der Lage ist, sich Gedanken zu machen.<<

29.10.1993

Belgien: Im Verlauf des EG-Sondergipfels in Brüssel entscheiden die zwölf Regierungschefs am 29. Oktober 1993, daß der Sitz des Europäischen Währungsinstitutes (EWI) und der späteren Europäischen Zentralbank Frankfurt am Main werden soll.

01.11.1993

Belgien: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt am 1. November 1993 in

Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).

05.11.1993

Frankreich: Der Stab des Euro-Corps, das den Kern künftiger europäischer Streitkräfte bilden soll, beginnt am 5. November 1993 in Straßburg seine Arbeit (Teilnehmerstaaten sind Deutschland, Frankreich und Belgien).

Dezember 1993

Polen: Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meint die polnische Historikerin Prof. Krystyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die polnische Aufarbeitung der "Umsiedlung" der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/109-111): >>... Erst nach 1989, mit dem Zerfall des Systems und der Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit, rückte die Frage nach der Geschichte der heutigen polnischen Nord- und Westgebiete in den späten vierziger Jahren in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Arbeit und publizistischer Auseinandersetzungen. Die Historiker produzierten Dutzende von Büchern: über die Lager und die "Verifizierung" der "Autochthonen" über Zwangsaussiedlung und Minderheitenpolitik des entstehenden kommunistischen Polen.

Das Fazit dieser Arbeiten läuft darauf hinaus, daß weder das alte polnische Bild von historischer Gerechtigkeit und ordnungsgemäßer Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse noch das alte deutsche Bild der "Vertreibung" als Kette von Racheakten "der Polen" an ihren deutschen Opfern zutreffen.

Anders formuliert: Die Umstände der Aussiedlung der Deutschen und die Behandlung der Verbliebenen sind gewiß kein Ruhmesblatt der polnischen Geschichte. Sie lassen sich nicht alleine mit den 1945 bis 1947 bereits erkennbaren stalinistischen Zügen der neuen Staatlichkeit erklären; es war nicht nur die aus der östlichen Despotie importierte Gewalt, die hier einschlug. Freilich wäre jeder Erklärungsversuch, der den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzung in Polen außer Acht läßt ebenso falsch.

... Das Dritte Reich hatte die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört und trägt daher die ursächliche Verantwortung für das Schicksal der Deutschen wie der anderen gleichzeitig vertriebenen und umgesiedelten Völker. Die Alliierten übernahmen in Potsdam die völkerrechtliche Verantwortung für die Ausweisung indem sie den entsprechenden Beschluß faßten. Die Polen bleiben aber verantwortlich für die Art der Durchführung – und auch das ist nicht wenig.

Ende der neunziger Jahre, mochte man geglaubt haben, daß die heftige – vor allem innerpolitische – Diskussion dem Stichwort "Vertreibung" endlich seine für die deutsch-polnischen Beziehungen zerstörerische Potenz genommen hat. ...

Der Eindruck, Deutsche und Polen hätten auch diese Kapitel ihrer dramatischen Vergangenheit abgearbeitet, verflog indessen schnell, nachdem die Idee eines "Zentrums gegen Vertreibungen" als bundesdeutsche Gedenkstätte aufgekommen war. In der polnischen Öffentlichkeit rief das vom Bundestag 2002 gebilligte Programm all die alten Befürchtungen wach, ... daß die Deutschen sich zu Opfern umkodieren und ihre Verbrechen in Polen – wie schon in der sogenannten Wehrmachtausstellung passiert – mit Schweigen übergehen. ...

Auf den Punkt brachte diese Ängste ein Krakauer Publizist, der sich die offiziellen Berliner Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 2039 vorzustellen versuchte. Der Bundespräsident, so die Vision, legt zu Beginn der Veranstaltung einen Kranz am Mahnmal des Holocaust nieder. Zum Schluß tut er dasselbe vor dem "Zentrum gegen Ver-

treibungen", wo er der deutschen Opfer gedenkt; der Rest bleibt Schweigen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/102-103): >>... Nach im Jahr 1996 durchgeführten Meinungsumfragen wußte die Hälfte der Befragten – bei den unter 24-Jährigen sogar 59 Prozent – überhaupt nichts von einer Vertreibung der Deutschen. Eine Hälfte der "wissenden" Befragten sah in der Vertreibung "eine gerechte Strafe", die andere Hälfte hielt sie jedoch für ein "Unrecht an der deutschen Zivilbevölkerung, die dieses Land seit Jahrhunderten bewohnte.

Bei Politikern und Publizisten dürfte der Glaube an eine "gerechte Strafe" noch viel weiter verbreitet sein.

Georg W. Strobel vermerkt: Durch die in Polen vier Jahrzehnte praktizierte "außerordentlich geschickte, politisch effiziente, von Teilen der Historiker sowie Publizisten vor allem in populären Darstellungen zweckvoll verfälschende Manipulation von Generationen, deren Wirkung verständlicherweise noch heute anhält", habe in der polnischen Bevölkerung ein tiefgreifender Tabuisierungs- und Verdrängungsprozeß gegriffen.

Andere Staaten dagegen haben die Vertreibung als Verbrechen anerkannt und sich entschuldigt, einige haben sogar eine – mehr oder minder symbolische – Entschädigung bezüglich des enteigneten Vermögens beschlossen.

Vorreiter war Ungarn, wo das Parlament am 7. April 1992 das "Zweite Gesetz über die teilweise Entschädigung von zu Unrecht vom Staat den Staatsbürgern zugefügte Eigentumsschäden" verabschiedete. In diesem Zusammenhang sind noch zu nennen: Rumänien, Kroatien, Estland und Lettland.<<

1994

Die schönsten Träume von Freiheit werden im Kerker geträumt.

Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)

01.01.1994

BRD: Das Europäische Währungsinstitut (EWI) nimmt am 1. Januar 1994 in Frankfurt am Main die Arbeit auf.

03.01.1994

Belgien: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (1/1994) berichtet am 3. Januar 1994 über die Europäische Union: >>Ein Europa für die Zukunft

Der europäische Einigungsprozeß ist ins Stocken geraten, der Vertrag von Maastricht markiert ein Ende, nicht einen Neubeginn. Er hat die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft gespalten, ihre Bürger in Pro- und Anti-Europäer, die Staaten selbst in Schnellzug- und Bummelzug-Unionisten. Das Wort von der Europäischen Union kommt zudem zur Unzeit, denn Europa ist weniger einig als zu irgendeiner Zeit seit dem Anfang der fünfziger Jahre.

Maastricht war nicht nur ein Spaltungsvertrag, sondern auch eine gigantische Nebensache angesichts der neuen Probleme Europas: Die Öffnung der kommunistischen Staaten des Ostens verlangt eine entschiedene und positive Antwort im Westen; die langanhaltende Rezession schafft Probleme der Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts, mit denen alle Länder Europas fertig werden müssen; die veränderte politische Geographie der Welt verlangt europäische Entscheidungen.

Angesichts solcher Herausforderungen ist es geradezu läppisch, auf dem alten Pfad fortzustapfen - und nicht überraschend, daß die Bürger Europas das auch so empfinden. Überall regt sich Widerwille gegen die Europäische Gemeinschaft von Brüssel. Was ist schiefgelaufen? Was ist gelungen? Wo kann ein Neubeginn ansetzen?

Bei Verhandlungen über den Beitritt neuer Kandidaten ist stets die Rede ... von den Errungenschaften, die alle Mitglieder zu akzeptieren haben. Damit ist zumeist der Gemeinsame Markt

und die gemeinsame Agrarpolitik sowie das System der Eigeneinnahmen gemeint. Die wahren Errungenschaften sind jedoch ganz andere.

Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Parlamenten, Institutionen und Organisationen aller Art ist möglicherweise die größte Errungenschaft der letzten 40 Jahre. Sie wird gestützt durch ein wachsendes Empfinden vieler Bürger, daß Europa ihr Bewegungsraum ist. Sie verlieren ihre nationale, ja regionale Eigenart nicht, aber sie erwarten, daß es leicht ist, sich über die europäischen Grenzen zu bewegen, und sie nehmen gewisse Rechte in Anspruch, gleichgültig, wo sie sich in diesem Europa gerade aufhalten.

Derlei eher unwägbare, dennoch wichtige Errungenschaften finden ihren praktischen Niederschlag im Gemeinsamen Markt. Seit der Gemeinsame Markt von einer Zollunion zu einem halbwegs vollständigen Binnenmarkt fortentwickelt worden ist, hat er durchaus institutionellen Charakter.

Dienstleistungen, Kapital und Menschen bewegen sich ziemlich frei im Raum des Binnenmarktes. Regeln gelten einheitlich für den ganzen Raum. Ein gemeinsamer Gerichtshof spricht direkt anwendbares Recht und hat eine eigene Rechtstradition gebildet. Nach außen tritt die Union vor allem in der Handelspolitik mit einer Stimme auf. Die Kommission sucht, manchmal mit Erfolg, immer neue "nicht-tarifäre" Aspekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Das ist nicht alles, aber es ist schon viel. Ist es auch, wie vor allem der Kanzler gern betont, "irreversibel"? Muß weiteres, muß insbesondere eine Währungsunion, hinzukommen, damit der Prozeß der Union vollends irreversibel wird?

Handelsbeziehungen sind in diesem Jahrhundert zweimal durch Kriege, also durch politische Entscheidungen zerrissen worden. Scheinbar irreversible politische Unionen sind seit 1989 vielerorts zerbrochen. In Jugoslawien haben sie zum Krieg, in der früheren Sowjetunion zu vielfältigen Spannungen geführt. Mit den politischen sind die Währungsunionen dahingegangen. Es gibt in Europa im Jahre 1993 nicht weniger, sondern mehr Währungen als ein halbes Jahrzehnt zuvor.

Es ist Zeit, das Wort "irreversibel" aus dem Wortschatz zu streichen. Es gibt in menschlichen Dingen keine Irreversibilitäten. Auch Deutschland könnte wieder zerfallen. Die Rede von der Irreversibilität leugnet die Kraft der Politik und läuft Gefahr, eine falsche Sicherheit zu suggerieren. Sie macht untätig, wo Untätigkeit unter Umständen existenzgefährdend wirkt.

In der Tat führt die leichtfertige Rede von der irreversiblen Integration zu den tiefsten Schwächen der europäischen Konstruktion. Sie haben mit den Gründern zu tun, mit Jean Monnet, mit Walter Hallstein. Monnet und Hallstein glaubten nicht an die Weisheit der Politiker, statt dessen an die Weisheit der Experten, insbesondere an die eigene Fähigkeit, die europäischen Dinge auf eine Schiene zu setzen, von der sie nicht wieder herunterkommen könnten. Das war ein folgenschwerer Irrtum.

Monnet glaubte nicht, daß man die Staaten Europas zu einer direkten Antwort auf die politischen Herausforderungen der Nachkriegszeit bewegen könne. Man müsse es daher gleichsam durch die Hintertür tun. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) beantwortet diese Herausforderungen perfekt (so glaubte Monnet). Sie entzieht die Schlüsselindustrien nationaler, vor allem deutscher Verfügung und schafft damit in einem Kernbereich den Ansatz zu supranationalen Entwicklungen, die am Ende einen europäischen Bundesstaat schaffen werden, sollen, müssen.

Es liegt eine eigene Ironie des Monnetschen Ansatzes darin, daß die Schlüsselindustrien alsbald zu den Sorgenkindern der europäischen Volkswirtschaften werden sollten. Kohle und Stahl wurden die ersten Kandidaten für das, was man heute Restrukturierung nennen würde. Die Europäische Gemeinschaft verwandelte sich dadurch von einem Instrument der Integration zentraler Wirtschaftsbereiche zu einem Arrangement zur Verteidigung niedergehender In-

dustrien. Die Zukunftsgemeinschaft wurde zur Schutzgemeinschaft. Nach der Gründung der EWG paßte die gemeinsame Agrarpolitik gut in dieses wenig ermutigende Bild.

Der schwererwiegende Irrtum lag indes in der Annahme, daß die EGKS notwendig beim europäischen Bundesstaat enden müsse. Schon das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft drei Jahre nach Gründung der EGKS zeigte die Fehlerhaftigkeit des technokratischen Ansatzes. Im Vertrag von Rom wurde dieser dennoch erneuert.

Walter Hallstein, der Präsident der EWG-Kommission, war zutiefst überzeugt von dem, was er "die Sachlogik" nannte: "Wer A sagt, muß auch B sagen." "Wie die Vollständigkeit des Alphabets gibt es eine innere Einheit aller Wirtschaftspolitik, die stärker ist als die Willkür politischer Gewalten." In der Tat, "alle Politik ist eine Einheit". Wer daher an einem Ende, zum Beispiel mit der Zollunion, beginnt, muß unweigerlich beim europäischen Bundesstaat ankommen.

Maastricht ist das letzte Dokument aus dieser Denkwelt. Der Gedanke der Wirtschafts- und Währungsunion war sowohl 1969/70 als auch 1990/91 technisch, um nicht zu sagen technokratisch konzipiert. Es ging sozusagen gar nicht anders. Wer einen Gemeinsamen Markt will, muß eine Währungsunion wollen, denn ein Gemeinsamer Markt mit unterschiedlichen Währungen widerspricht der Sachlogik. Aber ach! Die "politischen Gewalten" ließen sich so leicht nicht bändigen. 1971 waren es die Vereinigten Staaten, die den Dollar von der Kette Bretton Woods ließen und damit das Weltwährungssystem gründlich durcheinanderschüttelten.

1992 war es vielleicht die Folge der deutschen Vereinigung, vielleicht die neugewonnene Freiheit des Kapitalverkehrs in der Welt mit ihrem Anreiz für Spekulanten, vielleicht schlicht die Evidenz der unterschiedlichen Kraft von Volkswirtschaften, die das kooperative Europäische Währungssystem zerstörten.

Dahinter, darunter kamen noch ganz andere politische Gewalten zum Vorschein. Die britische Vorstellung von Souveränität erwies sich als stark genug, um wirtschaftliche Argumente für die Währungsunion zum Schweigen zu bringen. In Deutschland erwachte ein Empfinden, daß viele Menschen nicht bereit waren, die Deutsche Mark zu opfern. Überhaupt meldeten sich in einer Zeit wiedererstarkender nationaler, auch ethnischer Zugehörigkeitsgefühle ganz neue Einwände gegen das Ziel der europäischen Einigung. Derlei Einwände hielten ohne Mühe die vorgebliche Sachlogik auf und ersetzten sie durch die demokratischere Logik der Bürger.

Die Institutionen der Europäischen Union spiegeln den Glauben der Gründer an die Sachlogik der Integration. Das Parlament war immer ein Nachgedanke, der keinen rechten Platz fand in der an sich kompletten gebändigten Dialektik von Kommission und Ministerrat. Das Europäische Parlament ist kein Parlament und wird auch keines werden, solange die Sachlogik die europäischen Dinge regiert.

Maastricht war der letzte Schritt auf diesem Weg. Maastricht war aber auch, wie wir trotz aller Beteuerungen von Staatsmännern am Ende ihrer politischen Laufbahn sehen, ein Schritt zu weit. Der Vertrag hat Europa nicht nur gespalten, sondern auch in die Irre geführt. Auf einmal geht nichts mehr, die Währungsunion nicht und alles andere auch nicht.

Jean Monnets und Walter Hallsteins Europa ist am Ende seiner nützlichen Existenz angekommen. Es hat den Gemeinsamen Markt beschert und auch die Gewohnheit der Zusammenarbeit. Es hilft aber nicht bei der Bewältigung der neuen Probleme. Kein technokratischer Trick, keine Sachlogik wird Europa in den neunziger Jahren wettbewerbsfähig, verantwortlich, offen und attraktiv machen. Die neue Aufgabe ist politisch, nicht technisch. Das neue Europa ist nur durch die Identifizierung und Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu finden.

Das ist leichter gesagt als getan. Ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein gemeinsames Interesse? Oder ist sie nur ein Interesse, das alle Mitglieder der EU je für sich haben? Verlangt sie also gemeinsames Handeln, oder kann jeder Staat seine eigenen Wege gehen?

Man muß ähnliche Fragen für Jugoslawien stellen. Gab es wirklich ein gemeinsames Interesse der zwölf Mitglieder der EG, also eines, das sie nur gemeinsam, oder doch gemeinsam am besten, wahrnehmen konnten? Im Schwulst der Europa-Rhetorik haben wir uns viel ungenaues Reden angewöhnt, das dem Fortschritt der Union nicht dienlich war.

Immerhin, auch im Zentrum der Europäischen Union wird immer mehr Politikern klar, daß der Monnet-Maastricht-Weg nicht weiterführt. Präsident Jacques Delors' Weißbuch über Wachstum und Beschäftigung markiert den Punkt des Überganges. Das Europa, das aus den Errungenschaften und Schwächen der Konstruktion von Monnet und Hallstein entsteht, wird wahrscheinlich nicht den Namen Delors tragen. Überhaupt ist noch nirgends erkennbar, wer denn die nächsten Schritte bestimmen und damit die Zukunft repräsentieren kann.

Die Themen eines Europas der Zukunft liegen auf der Hand. Es sind nicht viele, und sie sind im Kern ganz einfach:

- Der Binnenmarkt ist nicht nur unvollständig, sondern immer neu gefährdet. Zudem ist er mit protektionistischen Eierschalen behaftet.

- Erweiterung ist Vertiefung. Die Erweiterung der EU um die Efta- und die Visegrad-Staaten ist Ausdruck eines tiefen und wichtigen gemeinsamen Interesses. Es ist unsinnig, die entwickelten demokratischen Staaten der Efta vor der Tür zu lassen, und unverantwortlich, die neuen Demokratien Ostmitteleuropas fernzuhalten.

- Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre war mehr als eine Rezession. Strukturveränderungen finden statt, die für die Zukunft der Arbeit, der Industrie und nicht zuletzt der sozialen Kohäsion in Europa weitreichende Folgen haben.

- Die Außen- und Verteidigungspolitik wird zum Schlüsselthema. Gemeinsame Interessen müssen eindeutig als solche identifiziert werden. Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik sind der sichere Weg zur Desintegration. Europa handelt entweder gemeinsam oder gar nicht.

- Falls die Staaten der EU die Kraft haben, ein neues Thema anzupacken, dann sollte dieses im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte liegen. Eine der großen Schwächen der Monnet-Hallstein-EG lag darin, daß sie zwar im technischen Sinn eine Rechtsgemeinschaft war, aber strenggenommen kein einziges Grundrecht verteidigen konnte oder wollte. Es stünde der EU nicht schlecht an, wenn sie die Europäische Menschenrechtskonvention zum direkt geltenden Recht machte.

- Eine größere Gemeinschaft wird eine (viel) kleinere Kommission und einen anders strukturierten Ministerrat haben. Klar ist vor allem, daß das nächste Europa demokratisch sein wird, oder es hat keine Zukunft.

Monnets Europa durch die Hintertür war am Ende nicht nur ein undurchdringliches Dickicht technischer Regelungen, ein Europa der Beamten und delegierten Minister, sondern auch eines, das uns Bürgern wenig Anlaß bot, stolz zu sein. Immer häufiger muß man sich für dieses Europa entschuldigen: bei Polen für die Kleinkarierteheit der Quoten für den Import von Pilzen, bei Thailändern für die Brutalität der Beendigung von Viehfutter-Einfuhren; bei Freunden für die ungeheure Verschwendung bei Agrarprodukten; bei allen für das Versagen in Jugoslawien. Das kann nicht lange so weitergehen.

Ein Gemeinwesen, dessen Bürger sich schämen, sein Mitglied zu sein, hat keine Dauer. Es geht nicht darum, Europa besser "zu verkaufen". Es ist vielmehr eine Frage der politischen Substanz - dessen, was die EU tut. ...<<